

Donnerstag, 15. Oktober 1987

TEIL II

Vom Europäischen Parlament angenommene Texte

1. Lage in Tibet

- **Gemeinsame EntschlieÙung, die die Dok. B2-1008, 1013, 1027, 1053 und 1070/87 ersetzt**

ENTSCHLIESSUNG**zur Lage in Tibet**

Das Europäische Parlament,

- A. zutiefst besorgt über die jüngsten Unruhen in Lhasa, bei denen Berichten zufolge zahlreiche Personen ums Leben gekommen sein sollen,
- B. unter Hinweis darauf, daß die Religion und die Kultur der Tibeter sowohl in der Anfangsphase der chinesischen Besetzung in den 50er Jahren als auch im Zuge der Kulturrevolution brutal unterdrückt wurden,
- C. unter Hinweis auf die Politik der Toleranz, die die chinesischen Behörden in jüngster Zeit der tibetischen buddhistischen Religion entgegengebracht haben, indem sie bestimmte Klöster wiederaufbauen lieÙen und indem sie den Tibetern ein zunehmendes Mitspracherecht in der Verwaltung der autonomen Region einräumten,
- D. in Erwägung der neuen Rechtsbestimmungen von 1984 über den Status der autonomen Regionen in China,
- E. unter Hinweis auf das vom Dalai-Lama vorgelegte Fünf-Punkte-Programm zum Status Tibets sowie den Beziehungen zwischen dem chinesischen und dem tibetischen Volk,
 1. fordert die chinesische Regierung dringend auf, das Recht der Tibeter auf freie Religionsausübung und kulturelle Autonomie zu respektieren;
 2. vertritt die Ansicht, daß das Fünf-Punkte-Programm des Dalai-Lama eine gute Grundlage für eine Beilegung des Konflikts sein könnte;
 3. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung der Kommission, dem Rat und der Regierung der Volksrepublik China zu übermitteln.

2. Menschenrechte

- a) **Gemeinsame EntschlieÙung, die die Dok. B2-1019 und 1032/87 ersetzt**

ENTSCHLIESSUNG**zur Lage in Kolumbien**

Das Europäische Parlament,

- A. in der Erwägung, daß Kolumbien eine Demokratie ist, wo in der Regel freie Wahlen stattfinden und in der es Parteien gibt, die von Zeit zu Zeit Regierungsbündnisse schließen und sich an der Macht abwechseln,
- B. in der Erwägung, daß Kolumbien dennoch seit mehreren Jahrzehnten unter einer Welle der Gewalt leidet, die einmal für lange Zeit eine Unterbrechnung des demokratischen Lebens bewirkte,